Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Rpfg. Alle Postanstalten, Briefträger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 146 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 26. Juni 1931

Der Sicherheitswechsel.

Dem deutschen Volke geht es haargenau wie jenem bekannten „Manne aus Syrerland", der in der Uhlandschen Ballade ein „Kamel am Halfterband" führte und dann im Brunnen in eine recht unerfreuliche Situation geriet. Am peinlichsten war ihm dabei, daß an dem ihn noch haltenden Strauch zwei Mäuslein die Wurzeln benagten, also das Letzte zu zerstören im Begriffe sind, was dem armen Mann noch Rettung vor dem Absturz in die Tiefe und in das aufgesperrte Maul des Drachen bedeutet. Gerade so halten wir uns verzweifelt an Hoovers Vorschlag eines Reparations-Feierjahres fest, um nicht in die Katastrophe hineinzustürzen. Aber wir müssen sehen, daß an den Wurzeln dieses „Strauches" die Mäuse mit dem scharfen Zahn des Widerspruches, der Einschränkungen und Sonder-Forderungen nagen.

Obwohl so ziemlich alle Welt weiß, wie die französische Antwort auf den Hoover-Vorschlag aussieht, hat sich die Pariser Regierung eine 48stündige Frist ausbedungen, ehe ihre Antwort in Washington offiziell veröffentlicht wird. Schon dieses Verhalten ist unerfreulich, stört die schnelle, gute Entwicklung, die Hoover mit seiner Botschaft bisher erreichen konnte. Die Antwort selbst stört auch die großzügige Einfachheit dessen, was Hoover will, damit wohl leider auch die Unmittelbarkeit der weltwirtschaftlichen Rückwirkungen, die er von seinem Plan erhoffte und erhoffen konnte. Jeder Tag des Aufschubs gibt jenen Mäusen Zeit, an den Wurzeln dieses Planes zu nagen. Und so kann man es verstehen, und vom deutschen Standpunkt auch von Herzen begrüßen, daß sich vor allem der englische Schatzkanzler Snowden — wir Deutsche kennen ihn von der Haager Konferenz her ja recht gut und nicht gerade von seiner angenehmsten Seite — mit außerordentlich scharfen Worten gegen diese französische Taktik der Verzögerung und Einschränkung, des Widerspruchs und der Sonder-Forderungen wendete. Und in Washington hält man immer noch an der hier nur allzusehr berechtigten, ja notwendigen Politik des „Alles oder Nichts" fest, um so mehr, als Italien sich im letzten Augenblick doch noch besonnen habe und seine Zusage an Hoover nicht an die schon beabsichtigte Bedingung knüpfte, Deutschland und Österreich müßten ihre Zollunionspläne aufgeben.

Wenn die französische Politik die Hoover-Botschaft zernagt, so ist dabei das eigentliche, das „strategische" Ziel die „Rettung" des Young-Plans, der von „außen" her bedroht ist durch das in ihm nicht vorgesehene allgemeine Moratorium, — wobei man natürlich nichts gegen den Zahlungsaufschub der interalliierten Schulden hat, obwohl auch in den hierüber mit Amerika abgeschlossenen Verträgen nicht das Geringste, keinerlei Moratorium, vorgesehen ist. Um nun das taktische Ziel der französischen Gegenoffensive auf einen einfachen Satz zu bringen: Was Frankreich in seiner Antwort vorschlägt, vor allem die Weiterzahlung des „ungeschützten" Teiles der Young-Plan-Verpflichtungen, aber bei sofortiger Kreditierung dieser Summe, ist ein Sicherheits-Wechsel, der nach einem Jahr präsentiert wird und den Amerika, England, Italien usw. girieren sollen. Und die Wechselklage ist bekanntlich rasch und mühelos durchführbar, wenn etwa der Wechsel „zu Protest geht". Amerika und England bezeigen aber herzlich wenig Lust, ihre Unterschrift zu geben, — einfach, weil das Vorhandensein eines solchen Wechsels psychologisch dem eigentlichen Wert des Hoover-Planes vernichtet.

Wenn der Ministerpräsident Laval und sein Außenminister Briand auf diese Weise Steine in den Weg rollen, den Hoover und Macdonald gehen wollen, so haben die französischen Minister dabei die volle Zustimmung der Deputiertenkammer, hinter die sie sich geflüchtet haben. Ihr werfen sie den Ball der Verantwortung zu und dies Spiel machen in der Kammer alle Parteien mit, von rechts bis links. Auch jene radikale Rechte, die schwere Angriffe auf Hoover richtet; auch die Linke einschließlich der Gefolgschaft der Sozialisten Léon Blum und Grumbach, die gleichfalls die Fortsetzung der „ungeschützten" Zahlungen und damit die „Rettung des Young-Planes" verlangen. Der finanzielle Einwand, Frankreich müsse sonst ein allzu großes Opfer bringen, ist schon deswegen unhaltbar, weil man ja diese Summen an sich gar nicht hereinnehmen, sondern sie Deutschland kurzfristig als Kredit zur Verfügung stellen will. Opfer zu bringen lehnt man also tatsächlich ab, obwohl man in Paris allein schon auf einem Goldschatz von zehn Milliarden Mark sitzt.

Ganz anders handelt Amerika, das ein großes Opfer leisten will; denn es verzichtet auf fast eine Milliarde Mark, und zwar praktisch bis auf einige 50 Jahre später! Und schließlich würde Frankreich gerade gemäß dem Young-Plan mehr zu bezahlen haben als die jetzt von ihm geforderten 420 Millionen Mark, wenn es den Vorschlag Hoovers ablehnt und Deutschland sofort das Transfer-Moratorium verlangt. Darin aber, daß die finanzielle Seite für Frankreichs Haltung nicht das Entscheidende ist, liegt die Gefahr, ob Hoover mit dem Hinweis auf die sonstige finanzielle Mehrbelastung wirklich genügenden Eindruck auf die französischen Minister und Abgeordneten macht, um diese zur Aufgabe des politischen Widerstandes zu veranlassen.

Zahlungsaufschub ab 1. Juli?

Amerika will Frankreich entgegenkommen.

Mellon nach Paris gereist.

Der französische Botschafter in Washington, Claudel, hat die Antwortnote der französischen Regierung auf den Vorschlag Hoovers für ein Reparationsfeierjahr überreicht. Präsident Hoover, der Staatssekretär des Äußern Stimson und der stellvertretende Schatzsekretär Mills hatten nach dieser Überreichung eine dreistündige Besprechung, über deren Inhalt strengstes Stillschweigen bewahrt wird. Es ist jedoch mit Sicherheit anzunehmen, daß sich die drei amerikanischen Staatsmänner mit der französischen Antwort befaßt haben. Nach Beendigung der Konferenz erklärte Stimson der Presse gegenüber: „Wir stehen inmitten von Verhandlungen und Unterhaltungen, die noch einige Zeit in Anspruch nehmen werden. Ich bin sehr optimistisch, es wäre ein Verbrechen, wenn dem Hoover-Plan etwas zustoßen sollte." Nach neueren Washingtoner Meldungen soll Hoover nicht ganz abgeneigt sein, Frankreich etwas entgegenzukommen und mit der französischen Regierung in einen Gedankenaustausch über eine Abänderung der Hooverschen Vorschläge zugunsten der französischen Auffassung zu treten.

Große Beachtung hat die plötzliche Abreise des amerikanischen Schatzsekretärs, Mellon, aus London gefunden, der sich auf telegraphische Anweisung von Washington aus nach Paris begeben hat. Schatzsekretär Mellon soll von Hoover gebeten worden sein, mit der Pariser Regierung sowie den Vertretern der übrigen interessierten Mächte in der französischen Hauptstadt die Schuldenbesprechungen aufzunehmen.

Die Verhandlungen sollen so beschleunigt werden, daß bereits am 1. Juli ein einjähriger Zahlungsaufschub in Kraft gesetzt werden könnte. Auch an Berliner Stellen liegen Informationen vor, daß das Reparationsfeierjahr schon am 1. Juli in Kraft treten soll; sollten die Verhandlungen bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht ganz beendet sein, so glaubt man, daß der Zahlungsaufschub dann mit rückwirkender Kraft eintreten würde.

Washingtoner Meldungen wollen übrigens wissen, daß die Stellung des französischen Botschafters in Washington, Claudel, erschüttert sein soll. Man macht ihm in Paris den Vorwurf, er habe bei Bekanntwerden des Hoover-Planes nicht sofort Frankreichs Standpunkt energisch genug vertreten. Claudel soll deswegen aus Washington abberufen und durch den französischen Gesandten in Angora ersetzt werden.

Mellons Pariser Besuch.

An maßgebender Stelle in Washington wird erklärt, daß die Anwesenheit Mellons in Paris genüge, die Schwierigkeiten zu beseitigen, die dem Zustandekommen einer Einigung zwischen Washington und Paris gegenwärtig entgegenständen. Das Staatsdepartement sei zuversichtlich.

Mellon in Paris eingetroffen.

Schatzkanzler Mellon ist, von London kommend, in Paris eingetroffen. Mellon hat sich sofort in die amerikanische Botschaft begeben und wird sofort in Fühlungnahme mit den für die Behandlung des Hooverschen Vorschlages zuständigen Ministern treten.

Kommt Mellon nach Berlin?

Bei seiner Abreise nach Frankreich antwortete der amerikanische Finanzminister Mellon auf die Frage, ob er nach seinem Besuche in Paris auch nach Berlin gehen werde, er wolle nicht sagen, daß er nicht nach Berlin ginge. Er wolle und könne nicht sagen, weil er während seines Aufenthaltes in London sich jeder Mitteilung der Öffentlichkeit gegenüber enthalten habe.

Stimson kommt nach Europa

Washington. Staatssekretär Stimson wird sich, ungeachtet der französisch-amerikanischen Verhandlungen, am Sonnabend, den 27. Juni, an Bord des „Conte Grande" nach Europa einschiffen.

•

Spanien begrüßt den Hoover-Plan.

Der spanische Ministerpräsident erklärte vor Vertretern der ausländischen Presse, daß Spanien, obwohl selbst nicht unmittelbar dadurch betroffen, den Vorschlag Hoovers begrüße, weil er einen wesentlichen Schritt zur Erreichung einer endgültigen Befriedung der Welt bedeute.

Deutsch-französisches Ministertreffen

Aussprache zwischen Deutschland und Frankreich.

Hoeschs wiederholte Besuche bei Briand.

Das Angebot, das Reichskanzler Dr. Brüning in seiner Rundfunkrede an Frankreich gemacht hat, in Fortsetzung der deutsch-englischen Aussprache von Chequers ein Zusammentreffen zwischen deutschen und französischen Staatsmännern zu ermöglichen, soll demnächst verwirklicht werden. In Berliner diplomatischen Kreisen sind Mitteilungen aus Paris eingetroffen, daß die französische Regierung den Vorschlag Dr. Brünings in bejahendem Sinne beantworten wird. Ort und Zeit der Zusammenkunft sollen demnächst bestimmt werden, und es gilt nicht als unwahrscheinlich, daß für die Zusammenkunft der Anfang Juli in Aussicht genommen wird. Die deutsch-französischen Besprechung würde dann noch vor dem Gegenbesuch der Engländer in Berlin erfolgen.

Der deutsche Botschafter in Paris, von Hoesch, ist in den letzten Tagen mehrmals vom französischen Außenminister empfangen worden. Man nimmt an, daß Herr von Hoesch sich um die deutsch-französische Zusammenkunft bemüht hat, und daß er weiter sich über den Eindruck der Erklärungen Dr. Brünings im französischen Außenministerium habe unterrichten wollen. Nach der Zeitung „Paris Nouvelle" soll Briand dem deutschen Botschafter gegenüber bei seinem letzten Besuch zum Ausdruck gebracht haben, daß die französische Regierung den Gedanken eines Besuches der deutschen Minister in Paris warm begrüße, sobald die finanzielle Lage ihnen eine Abwesenheit von Berlin gestatte. Auch in Paris wird allgemein von der Presse angenommen, daß bereits Anfang Juli die deutsch-französische Aussprache vor sich gehen wird.

Der deutsche Botschafter in Paris, Herr von Hoesch.

Zur Rundfunkrede des Reichskanzlers Brüning nehmen die Pariser Blätter erst jetzt ausführlich Stellung. Wenn auch im allgemeinen noch eine gewisse Zurückhaltung beobachtet werden kann, so steht doch schon jetzt fest, daß die Ausführungen des Reichskanzlers und besonders sein Angebot, in direkte Besprechungen mit den maßgebenden Pariser Stellen zu treten, eine allgemein günstige Aufnahme gefunden haben. Der „Petit Parisien" erklärt, daß die Rede Brünings für die internationale Politik, und insbesondere für die deutsch-französischen Beziehungen, von ungeheurer Bedeutung sei. Er habe ausdrücklich anerkannt, daß ohne die Mithilfe Frankreichs politische Stabilisierung in Europa nicht möglich sei. Die Kühnheit, mit der der Reichskanzler gesprochen habe, verdiene festgehalten zu werden, weil sie auf eine Neuorientierung der deutschen Politik hindeute.

•

Brüning und Curtius eingeladen.

Begegnung mit Laval und Briand in Paris.

Aus Paris wird amtlich gemeldet: Die französische Regierung hat durch Vermittlung des Außenministers Briand der Reichsregierung mitteilen lassen, daß Ministerpräsident Laval bereit sei, Reichskanzler Doktor Brüning und Reichsaußenminister Doktor Curtius in Paris zu empfangen.

In amtlichen französischen Kreisen beschäftigt man sich schon jetzt mit dem Programm für den Aufenthalt der beiden deutschen Minister. Wahrscheinlich werden zunächst Besprechungen zwischen Dr. Brüning und Laval einerseits und dem französischen Außenminister und Dr. Curtius anderseits stattfinden, denen sich sodann ein allgemeiner Meinungsaustausch anschließen wird.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF